

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

194 (22.8.1906) Zweites Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Ruisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 194.

Zweites Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch den 22. August 1906.

26. Jahrgang.

Aus der Partei.

Zum Mannheimer Parteitag nahm der Sozialdemokratische Verein für den 2. Hamburger Wahlkreis nach lebhafter Debatte folgende Anträge an:
In Sachen des politischen Massenstreiks stehen wir dem Votum der auf dem Mannheimer Parteitag gefassten Resolution. Wir protestieren gegen jede Entscheidung gegen jeden Versuch, die Mannheimer Beschlüsse in sozialistischer Weise zu deuten, wie dies in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstands mit der Generalkommission geschehen ist. Die in dieser Angelegenheit abgegebenen Erklärungen der betreffenden Genossen und in keiner Weise, sie liefern vielmehr den Beweis, daß derartige Verhandlungen resp. Abmachungen zwischen diesen beiden Körperschaften sehr leicht dazu führen können, die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung zu föhren und zu schwächen, sowie Mißtrauen und Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen.
Wir stellen darum den Antrag, der Parteitag wolle befehlen:

Alle Fragen, den politischen Massenstreik betreffend, gleichviel ob prinzipieller oder tatsächlicher Natur, sind in voller Öffentlichkeit zu erledigen.
Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag mißbilligt entschieden die schlechte Besetzung der Fraktion anlässlich der Besprechung der Interpellation des Vorwärts-Anspruchs im Reichstag, wodurch die erstmalige Besprechung verhindert wurde. Ferner weil der Parteitag auch darauf hin, daß die Anwesenheit der Fraktionsmitglieder in diesen Fällen auch bei der Beratung des Staats des Mannheimer sehr viel zu wünschen übrig ließ, was bei der Wichtigkeit dieses Staats für die Arbeiterbewegung entschieden zum Nachteil ist.
Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine leistungsfähige Abordnung des Mannheimer Parteivorstands in den Mannheimer Parteitag zu entsenden, in welcher in kurzen Tagen auf die Ziele des Sozialismus sowie auf die Notwendigkeit des politischen Kampfes neben dem gewerkschaftlichen hingewiesen und zum Eintritt in die sozialdemokratischen Vereine aufgefordert wird.
Diese Abordnung ist in einer Mannheimer Parteivorstandsversammlung im Mannheimer Parteivorstand zu wählen.
Der Parteitag möge beschließen, die 11. Volkshilfe auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen.

St. Georgen i. S., 20. Aug. Die organisierte Arbeiterkraft macht am Sonntag, den 26. August, bei glänzender Beteiligung einen Ausflug über die Staude, Gremelsbach nach Schönachbach. Die Teilnehmer treffen sich um halb 11 Uhr im Gasthaus zum Löwen. Bei anschließender Fütterung gemüthlichen Besprechungen nachmittags von 3 Uhr ab im Wald. Hof. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Emmendingen, 19. Aug. Zum Maurerstreik. Seit Montag, den 13. d. M., stehen die hiesigen Maurer in einer Lohnbewegung. Sie verlangen 10 stündige Arbeitszeit und für gelebte Maurer 45 Pf. für Bauhilfsarbeiter 35 Pf. Stundelohn. Dieser wurde bei einstündiger Arbeitszeit ein durchschnittliches Tageslohn von 4 M. bis 4 1/2 M. bezahlt. Die Bewegung, welche mit Energie eingeleitet wurde, eilt durch das schnelle Vorgehen der „Mittelbau“ des Bauunternehmers Hannmann und derjenigen des Bauunternehmers S. Gans eine starke Einbuße, da gerade die Arbeiter des Bauunternehmers Hannmann infolge einiger von demselben gehandelter Glas-Werke an ihren Kollegen zu vertrieben wurden. Während die Maurer bei dem Unternehmer Gans sich mit einigen Abmachungen im großen und ganzen zufrieden verhalten, hätten die hier angeführten auch folgen, welche sonst im allgemeinen immer das große Wort führen, ihre Pflicht als selbstbewußte Arbeiter erfüllen, wäre ein solcher Erfolg für die hiesigen Maurer nicht gewesen. Ausgesprochen sind infolge der Bewegung fast sämtliche italienischen Maurer und Tagelöhner des Bauunternehmers Hannmann, welcher, nebenbei bemerkt, Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist und als solcher bei der Unternehmung mit einem Vertreter der Bauorganisation den Anspruch hat, daß er, falls ihm von Seiten des Arbeitgeberverbandes zugewiesen würde, seine Rechte auszuüben, er dies ohne Rücksicht vollziehen würde; ferner haben die bei dem Unternehmer S. Gans beschäftigten Maurer bis auf einen sämtliche die Arbeit niedergelegt infolge der Forderung eines Kollegen. Die beiden angeführten Geschäfte sind bis auf weiteres gesperrt.
Den Ausschlag gibt aber zu empfehlen, sich zu organisieren, denn sie können aus den Worten des Herrn Hannmann, des größten Unternehmers am hiesigen Platze, sich ein Beispiel an der Unternehmerrückständigkeit nehmen.

Sornberg, 16. Aug. Für uns hat der Verband keinen Zweck, weil wir ja doch nicht in die Lage kommen, Unterstützung zu beziehen. Wir gehen nicht von hier fort, infolgedessen brauchen wir keine Unterstützung. Und umsonst können wir nicht zahlen! Diese oder ähnliche Ausdrücke hat wohl jeder schon einmal gehört. Sie beweisen eben, was für abstruse Begriffe von Zweck und Nutzen einer Arbeiter-Organisation man vielfach hat, daß man in der Organisation nicht das Mittel zur Erreichung glänzender Lohn- und Arbeitsbedingungen sieht, sondern einfach eine Unterstützungsfalle, nichts weiter! Man überlegt, daß einmal Ausstände eintreten können, die auch den, der da meint, höher und fest auf seiner Scholle zu sitzen, davon betroffen können. Mancher Arbeiter, der jahrelang bei einem Unternehmer in Arbeit geblieben, hat die Stelle schon verlassen müssen, hat schon zum Wandertag greifen müssen, wenn er nicht zu Bedingungen, Löhnen und bei einer Verhandlung arbeiten wollte, die ihm die Stelle unerträglich machten.

Der Fräulein heute nach der Meinung des Arbeiters, ob er mit diesem oder jenem einverstanden? Doch niemand! Zumal wenn er nicht organisiert ist, wenn der Unternehmer oder „Direktor“ weiß: „Seine Arbeiter gehören keinem Verbande an, haben also keinen Rückhalt, keine Stütze, sind sie ihm mit Haut und Haaren vertrieben. Der heutige Unternehmer betrachtet den Arbeiter als eine Ware, die er kaufen und mit der er jederzeit machen kann, was er will. Darnach behandelt er „seine“ Arbeiter! So lange sie seinen Anordnungen folgen, sind sie ihm willkommen, duldet er sie in seinem Betrieb. Zufriedenheit ist dem Unternehmer (Direktor) die angenehme Eigenschaft am Arbeiter.
Freude vom Arbeiter ist es schon, wenn der Arbeiter mit dem vom Unternehmer oder „Direktor“ angeführten Lohnforderungen nicht einverstanden sein wollte. Das heißt „gegen den Stachel löden“ und ein derartiges

Vorgehen läßt der Direktor nie ungestraft. Entlassung! Deswegen sind auch die Mitglieder der modernen Organisation (hier z. B. die Mitglieder des Porzellanarbeiter-Verbandes) „in den Augen des Herrn“ „Geizhals und Aufwieglers“, weil sie nicht alles, was der Oberste befiehlt, annehmen. Deswegen ist man gegen die modernen Organisationen aufgebracht und möchte sie am liebsten mit „Haut und Haaren“ ausrotten, was allerdings nicht so einfach ist.
Für mich hat der Verband keinen Zweck, kann nur jemand sagen, der von der Schärfe der Gegensätze zwischen Arbeiter und Arbeitgeber keine blasse Ahnung hat, auf den die Entwicklung der Dinge, wie sie heute liegen, nicht den geringsten Eindruck macht, der sich nie um das Bekümmert, was einem, wenn auch nur minimal gebildeten Arbeiter zugemutet werden kann!

Vertrauen wir uns die Geschichte der Bewegung innerhalb der Industrie, innerhalb des Porzellanarbeiter-Verbandes. Was sich da unseren Augen darbot, ist angedeutet: „Wir brauchen keinen Verband“ als Wappenspruch zu bezeichnen! Es haben schon viele Arbeiter gesagt: „Sie brauchen keinen Verband, sie sind sich selbst genug“. Da kam der Unternehmer mit einer 50—100prozentigen Lohnvermehrung, und als dieselben Arbeiter dies nicht annehmen konnten, mußten sie, als alle langjährige Arbeiter, von der Scholle fort, weil sie der Unternehmer unbarbarisch auf die Straße warf.
Ich meine, was in dieser oder jener Fabrik passierte, kann auch einmal hier passieren, denn die Unternehmer sind sich in dieser Hinsicht alle gleich.
Darum möchten diejenigen, die heute der Meinung sind, „sie brauchen keinen Verband“, sich die verschiedenen Vorurteile zur Warnung sein lassen; es kann die Meinung eines schönen Tages ins Gegenteil umschlagen. Was das dann bedeutet, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Aus dem Reiche.

München, 20. Aug. Ueber einen raffinierten Zigeunererschwindel teilt der Polizeibericht folgendes mit: In ein einfaches Bad gelegenes Gütleranwesen bei Treßlen im Fichtelgebirge (M. A. Kennath) kam Ende Juli eine Zigeunerin. Sie hatte offenbar erfahren, daß die Vorbesitzer des Anwesens vor drei Jahren gestorben waren und daß der Güter durch den Verkauf einer Kuh zurecht einen Hundertmarktschein besitze. Sie machte nun den Leuten weiß, eine der verstorbenen Personen befände sich noch unter qualvollen Leiden als „arme Seele“ im Hause und bringe, wenn sie nicht erlöset werde, großes Unglück über das Anwesen und die Familie. Die Gütlerseelen mußten nun mit dem im Hause vorräthigen Weihwasser einen Topf füllen, die Hände an den Rand des Beckens legen und Gebete nachsprechen.

Unterdessen praktizierte die Zigeunerin unermüdet ein kleines, weiches Wachsstück in Form einer menschlichen Hand in das Weihwasser, die sie den erschrockenen Leuten dann als „Totenhand“ herausholte. Um die arme Seele zu betragen“, wickelte sie die Wachsband in Papier ein und verlangte „zum Betragen“ einen Satz mit Bettfedern und ein Zehnmarkstück. Die Wachsband und das Goldstück wurden in den Satz mit Bettfedern gesteckt, und damit ging die Zigeunerin fort. Sie kam aber wieder, denn sie hatte erkannt, daß in dem Hause noch mehr zu holen sei. Diesmal ließ sie sich ein im Anwesen gelegenes Hühnerstall und zum Einwickeln deselben ein ledernes Tuch geben. Das einwickelte sie nun auf dem Stubenboden mit dem Fuß aufgedrückt werden. Die Zigeunerin hob dann das ganze auf und holte anstehend aus dem Eierkasten einen (von ihr vorher schon mit eingewickelten) kleinen schwarzen Totenkopf hervor. Dies bedeutete, wie sie sagte, weiteres schmerzhaftes Unglück, nämlich den Tod der Gütlerseelen bei ihrer bevorstehenden Entbindung und das Absterben des Viehs.

Zur Abwendung des Unglücks bedurfte sie zweier weiterer Goldstücke, eines Satzes mit Bettfedern, der goldenen Ehrengarde der Gütlerseelen und des wertvollen Braut-Kostenkränzes der Frau. Während des Hofsohns, den die Zigeunerin in der Wohnstube inszenierte, schlichen sich andere, zu ihrer Wande gehörige Zigeuner in den Bodenraum, wo der Güter u. a. auch sein Geld verwahrt hatte, und holten den Hundertmarktschein, Kleider, Wäsche, einen großen Vollen gebleichtes Hauswand und eine große Quantität neuer Bettfedern, die teils in Kissenbüchse, teils in Salzjude verpackt waren.

Erst als die Zigeunerin vom „Betragen der armen Seelen und des drohenden Unglücks“ nicht mehr zurückkam, gingen den leichtgläubigen Leuten die Augen auf.

Partei und Gewerkschaft.

Im nachfolgenden geben wir unseren Lesern den Auszug aus dem vielbesprochenen Protokoll der Gewerkschaftsvorstände. Die Generalkommission der Gewerkschaften protestiert in der neuesten Nummer des Korrespondenzblattes gegen die Veröffentlichung und sagt zum Schluß:

Der Parteivorstand hat die Tragweite seines Vorgehens wohl nicht völlig übersehen, weil das von ihm in Anwendung gebrachte Verfahren auch vertrauliche Parteiberatungen in Zukunft gefährden muß.

Der Parteivorstand antwortet darauf: Die Generalkommission betrachtet in dieser Erklärung bedauerlicherweise die Frage der Protokoll-Veröffentlichung ausschließlich vom Standpunkt des rein formalen Rechts und der Zukunftsgefahr aus. Sie ignoriert völlig alle die großen Interessen der Partei sowie die verschiedenen Gewerkschaften, die für die Veröffentlichung sprechen. Aber was schwerer wiegt, als das alles, sie berücksichtigt nicht im geringsten den schwerwiegenden Grund für die Veröffentlichung, die Beunruhigung der Genossen in Partei und Gewerkschaft durch die

unkontrollierbaren Behauptungen, die über den Inhalt des Protokolls aufgestellt wurden, nicht im geringsten das dringende Bedürfnis, eine reale Grundlage für die Erörterung des Themas Partei und Gewerkschaft zu schaffen, das durch die letzten Ereignisse sich der Arbeiterkraft als brennende Frage aufgedrängt hatte. Der Parteivorstand hat höherer Pflicht, höheren Gesichtspunkten folgend, die formale Kompetenz der Generalkommission verlegt. Wir glauben, daß das gesunde sittliche Gefühl der Arbeiterkraft ihm Recht geben wird, daß auch die Gewerkschaftsmitglieder die Notwendigkeit der Veröffentlichung erkennen werden. Wir glauben sagen zu dürfen, daß wir in Mannheim eine sachliche und fruchtbringende Debatte haben werden dank der Veröffentlichung, während sie anderenfalls eine durch Mißtrauen vergiftete geworden wäre. Das sollte auch die Generalkommission einsehen, anstatt das Gefühl verletzter Würde über alle anderen Erwägungen zu stellen.

Wir lassen nun die Redner folgen:
Müller (Seemann) hat die Anregung zu den Verhandlungen gegeben, „unter dem Eindruck der Stimmung, die sich in der Presse und nach Zena bemerkbar machte, aber noch viel mehr unter dem Eindruck der Vorgänge, die sich nach dem Kölner Gewerkschaftsfestspiel abgelebt hatten.“ Allerdings hätten sich seit einiger Zeit die revolutionäromantischen Wogen erheblich gelähmt, die Vorgänge in Preußen vor und nach dem 21. Januar, in Sachsen, in Hamburg vor und nach dem 17. Januar wirkten beruhigend auf gewisse Kreise in der Partei ein. Gewisse praktische Erfahrungen wirkten wunderbar erzieherisch. Besseres Einsehen kam für notwendig aber die Partei müsse die Gewerkschaftsbewegung als gleichberechtigten Machtfaktor anerkennen, ihre Beschlüsse respektieren und die gewerkschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigen. „Nach dieser Richtung haben sowohl die Führer der Partei als auch eine Reihe von Vororgängen vor und nach Köln, vor und nach Zena schwer gesündigt. Keine Trennung keine Entfremdung! Partei und Gewerkschaften sind zwar nicht eins, wohl aber zwei unertrennliche Machtfaktoren im proletarischen Kampfe, die eine kann ohne die andere nicht leben! ... Ich sehe dem Gedanken Kaustj-Em sehr nahe, daß eine Verbindung geschaffen wird, damit über alle großen Fragen und Aktionen rechtzeitig eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft herbeigeführt werden kann. ... Es darf nicht wieder vorkommen, daß die Generalkommission einer Resolution wie der Resolution Fischer zur Mitarbeiter in Zena ihre Zustimmung erteilt.“

Regien: Dem letzten Wunsche, daß über große Aktionen eine Verständigung zwischen Parteivorstand und Generalkommission stattfinden möge, ist schon längst Rechnung getragen. Wir haben mit dem Parteivorstand schon Verhandlungen gehabt, als die Generalkommission ihren Sitz nach in Hamburg hatte, besonders ist dies aber geschehen, seitdem sie in Berlin sitzt. Wir hatten wiederholt Besprechungen, die teils vom Parteivorstand, teils von uns nachgeholt sind. So hatte die Generalkommission auch einige Tage vor Zena eine Aussprache mit dem Parteivorstand, da ist die Frage, die Müller hier kritisiert hat, Stellungnahme der Parteipresse zu den Beschlüssen in Köln, sehr ausgiebig behandelt worden. Dieser Vorrede ist es auch wesentlich zu danken, daß in dem Referat über Generalstreik die Angriffe gegen die Gewerkschaften nicht in ähnlicher Weise gekommen sind, wie vorher in der Parteipresse. Am letzten Freitag hatten wir auf Veranlassung des Parteivorstandes wieder eine Besprechung, der Parteivorstand wollte gern über die Stellung der Generalkommission, die er als Vertretung der gesamten Gewerkschaften ja anerkennt, zu der Frage des politischen Massenstreiks resp. der Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks Auskunft haben. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß diese Verhandlungen eine verbindliche Form haben sollten, denn es wurde eigentlich nicht verhandelt zwischen Generalkommission und Parteivorstand sondern es wurde nur die persönliche Meinung der an dieser Sitzung Beteiligten zum Ausdruck gebracht. Wir haben diese Form der Verhandlung gewünscht, weil wir dem Parteivorstand, als die Frage gestellt wurde, erklärten: Für uns ist nicht die Resolution des Parteitag von Zena, sondern die Resolution von Köln maßgebend, da sind die Grundzüge, die wir in Bezug auf die Frage zu vertreten haben, niedergelegt. Wir haben, als die Einladung des Parteivorstandes kam, in der Generalkommission über die Frage gar nicht weiter diskutiert, weil für uns durch den Kölner Bescheid die Grundzüge festgelegt waren. Wir erklärten dem Parteivorstand also, daß das unsere Auffassung ist. Es wurde dann gesagt: Schön, dann wollen wir einmal nur allgemein diskutieren, und wollen das was sich aus dieser allgemeinen Diskussion als Fazit ziehen läßt, beiden Körperschaften vorlegen. Von der Generalkommission legt die grundlegenden Gedanken der Konferenz der Parteivorstände, wir werden uns später darüber in Parteivorstände beraten und später kann dann eine neue Zusammenkunft und eine nähere Besprechung stattfinden.

Siehe auf gibt Silberstein referierend die Ansichten des Parteivorstandes, besonders die von Bebel wieder, die nach Silbersteins Auffassung darin gipfelten:
1. Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.
2. Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müßte derselbe von der Partei geführt

werden und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen.
3. Für den Fall eines solchen Streiks sollten die Gewerkschaften dieser Bewegung nicht in den Rücken fallen.
4. Ebenso dürfte die Gewerkschaftspresse in diesem Falle nicht gegen diese Bewegung wirken.
5. Die Unterstützung der Streikenden und die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, müsse Aufgabe der Partei sein. Die Mittel müßten unter Mitwirkung aller Genossen, eventuell durch allgemeine Sammlungen, aufgebracht werden.
6. Wenn Ausperrungen und Streiks als Folgen dieses Streiks zurückbleiben sollten, so wäre zu empfehlen, daß die Gewerkschaften für die Unterstützung eintreten.

Kloß (Buchbinder): In Köln sei das Bestreben zutage getreten, den Entscheidungen der Parteitage der Sozialdemokratie vorzugreifen, der deutschen Arbeiterbewegung nicht nur in wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Fragen eine Marschroute zu geben. Die Parteipresse habe Grund zur Kritik gehabt, allerdings sei über die Zena gehandelt worden, doch das sei auf der anderen Seite auch geschehen. „Es ist früher gesagt worden, die Generalkommission wolle eine Nebenregierung bilden, das Wort ist falsch; nach ihrer Stellungnahme im Vorwärts-Konflikt kann man sagen, sie soll nicht eine Nebenregierung werden, sondern die Generalkommission soll zur obersten Instanz in der Arbeiterbewegung erhoben werden. (Lebte Widerpruch.) Welche Verbesserungen angestrebt werden in dem Streben, gegen die revolutionäromantischen zu schreiben, das man man daraus ersehen, daß das Korrespondenzblatt neulich in Bezug auf die russische Revolution schrieb, auch dort müßten die Arbeiter es empfinden, daß nur auf dem Wege der Organisation eine Verbesserung herbeigeführt werden könne. (Sehr richtig!) Gaben Sie denn die Werke von Krenan und Barbus gelesen? Dann müßten Sie doch wissen, daß dort in Russland eine gleichmäßige Organisation bisher unmöglich war.“

Polorny (Bergarbeiter): Müller mit seiner heutigen Rede sei beinahe so gefährlich wie Rosa Luxemburg mit ihren revolutionären Tiraden. Krenan's Widerstand hätten die Gewerkschaften gegen die Kölner Beschlüsse geleistet, diese Stimmung könne doch nicht hervorgerufen sein nur durch die Arbeit gewisser Parteigenossen; sehr viel habe die schwächende Haltung des Kongresses beigetragen. „Ich fühle mich mit sämtlichen Genossen im Einverständnis, wenn ich sage, daß die gewerkschaftliche Bewegung von Jahr zu Jahr an Anerkennung zugenommen hat. ... Wenn hier oder dort einige Personen das gute Verhältnis tören und glauben, ihre Ziele auf anderem Wege verwirklichen zu können, so bilden doch diese Personen nicht das Gros der Partei.“

Bringmann (Zimmerer): 1898 habe Kautsky für gewerkschaftliche Neutralität geschrieben, 1905 dagegen habe er sich gegen den gewerkschaftlichen Revisionismus gewandt, der unter der Flagge der Neutralität ein Abtrüden von der Sozialdemokratie predige. 1898 seien eben die Gewerkschaften noch schwach gewesen, seitdem seien sie erstarbt und erzielten bedeutende Erfolge, da verfolge Kautsky's Theorie, nach der der Kampf, nicht die Verbesserung der Lage der Arbeiter das wesentliche Moment der Gewerkschaftsbewegung sei. Die Errichtung der Gewerkschaften sei „der Kern der Sache, der Ursprung der Animosität der Sozialisten gegen uns“. Es solle eine Zeitschrift für gewerkschaftliche Theorie gegründet werden, aus sich selbst müssen die Gewerkschaften ihre Theorie entwickeln. Dann werde „der scheinbare Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften verschwinden. Letztendlich gibt es ja zwischen Partei und Gewerkschaften im weitesten Sinne des Wortes keine Auseinandersetzungen, sondern es handelt sich nur um Auseinandersetzungen zwischen gewerkschaftlichen und politischen Führern. (Zustimmung.) Diese können wir nur unterbinden, wenn wir versuchen, die Gewerkschaftsbewegung theoretisch zu erfassen, wenn wir zeigen, daß sie sich ebenfalls in der Richtung bewegt, in der sich die Sozialdemokratie bewegen will.“

Diel (Dachdecker) meint, man solle auch der politischen Presse ihre Meinungsfreiheit lassen und nicht über jede abfällige Kritik nervös werden.

Mum (Zattler) tabelt, daß die Gewerkschaftspresse zu wichtigen Fragen zu wenig Stellung nehme. „Ein großer Teil unserer Gewerkschaftsredakteure bilde sich keine Meinung danach, wie im allgemeinen die Beschlüsse aufzufassen werden. Steht die Masse mit den Beschlüssen in Übereinstimmung, dann ist es leicht, Artikel zu verbrochen und mit der Masse mitzugehen, aber wenn man isoliert dasteht, dann läßt man seine Meinung lieber unter den Tisch fallen; man sagt seine Meinung wohl privatim, aber öffentlich bekümmert man sie nicht.“

Simon (Schuhmacher): „Es wird so hingestellt, als seien es nur einzelne Führer der Partei, die gegen uns Stellung genommen hätten. In Wirklichkeit waren es unsere Gewerkschaftsmitglieder, die in den Parteiverhandlungen Stellung nahmen und sich mit den Beschlüssen oder mit den Ausführungen in Köln nicht einverstanden erklärten.“ Der Parteivorstand werde angegriffen, weil er sich sofort gegen Reichhäuser ausgesprochen hat; da hätte man doch auch sagen sollen, daß man Reichhäuser's Schreibart nicht billigt. „Wenn man nicht das, was auf der einen Seite geschrieben ist, für unredlich erklärt, während man für das, was auf der anderen Seite geschrieben ist, auch nicht den leisesten Tadel hat. ... Nicht die Erringung der Gewerkschaften ist es, was

